

**Soziale Demokraten  
Fraktion im Rat der Stadt Lohmar**

*Anlage 1*

Soziale Demokraten, Fraktion im Rat der Stadt Lohmar  
Rathausstraße 4, 53797 LOHMAR  
An den Bürgermeister der Stadt Lohmar  
Herrn Wolfgang Röger  
Rathausstraße 4  
53797 LOHMAR

Stadt Lohmar	
Eing:	28. Sep. 2007
Amt:	<i>32</i>

Lohmar, 30.09.2007

Sehr geehrter Herr Röger,

bitte setzen Sie den folgenden Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Ordnung:

**B 507 zwischen Geber- und Breidterstegsmühle**

Dazu stellen wir den folgenden Antrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt:*

- umgehend Gespräche mit den zuständigen Stellen im Rhein-Sieg-Kreis mit dem Ziel zu führen, dass der Bereich der B 507 zwischen Gebermühle und der Einmündung des Wirtschaftswegs nach Winkel (kurz hinter der Breidterstegsmühle) als Unfallschwerpunkt / Unfallbereich klassifiziert wird*
- umgehend folgende verkehrsberuhigende und -sichernde Maßnahmen im genannten Bereich durchzusetzen:*
  - Installation von so genannten Starenkästen in beiden Fahrtrichtungen in Höhe der Einmündung der K 13 (versetzt wie an B 56 / K 13), wobei die „Induktionsschleifen“ über die gesamte Fahrbahnbreite verlegt werden*
  - Installation einer sehr guten Beleuchtung des genannten Einmündungsbereichs*
  - Festsetzung einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h*
  - Festsetzung eines Überholverbots*
- mittelfristig die Anlegung eines Kreisverkehrs an der Einmündung der K.13 auf die B 507 durchzusetzen*

Fraktionsvorsitzender  
Stefan Müller  
Telefon: 02246 300 700

2. Vorsitzende und Geschäftsführerin  
Gaby Trapp-Fischer  
Telefon: 02246 168 371

Fraktionsanschrift: Rathausstraße 4, 53797 Lohmar  
Telefon: 02246 303895, Telefax: 02246 303896

### BEGRÜNDUNG:

Dass es sich bei der gesamten B 507 zwischen Donrath und Pohlhausen um eine lebensgefährliche „Landstraße“ handelt, kann nicht bestritten werden.

Im Anschluss an die letzte Sitzung dieses Ausschusses hatten sich Mitglieder aller Fraktionen darauf geeinigt, sich zu einer parteiübergreifenden Beratung zu treffen, um Unfällen vorbeugende Maßnahmen zu beraten, die dann wiederum dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden sollten. Auch aufgrund von Mails der Verwaltung kam dieses Treffen bedauerlicherweise nicht zustande; es war schließlich angesichts eines schrecklichen Verkehrsunfalls in Höhe der Breidterstegsmühle vereinbart worden.

Angesichts des geplanten Treffens hatte unsere Fraktion die Verwaltung gebeten, langjährige Daten über die Unfälle im Jabachtal zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung hielt leider eine nur dreijährige Statistik für ausreichend, obwohl sich in diesen 3 Jahren 21 Verkehrsunfälle zwischen Donrath und Pohlhausen und im 1 km langen Abschnitt, in dem sich der letzte Unfall ereignete, 3 Unfälle ereigneten. Die Verwaltung sieht die Sachlage ganz offensichtlich ebenso wie die Polizei: „Im Vergleich zu anderen Bundesstraßen ergeben sich lt. Kreispolizeibehörde aus den Unfallzahlen keine besonderen Auffälligkeiten.“ (Mail des 2. Beigeordneten vom 11.9.2007)

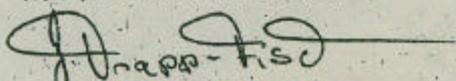
Angesichts der Unfälle und der deutlich geäußerten Befürchtungen ortskundiger Stadtratsmitglieder aus dem Bezirk „Heide-Inger-Birk-Breidt“ bezüglich der Unfallgefahr an der Eimündung K 13 / B 507 und der zwischenzeitlich vom Stadtrat einstimmig beschlossenen vorbeugenden Verkehrsschutzmaßnahmen, um der „Vision Zero - Null Verkehrstote“ immer näher zu kommen, ist diese Haltung der Verwaltung zumindest „erstaunlich“.

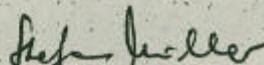
Sporadische Geschwindigkeitsmessungen reichen nicht aus, um Raser zu bremsen. Es müssen so schnell wie möglich dauerhafte und wirksamere Maßnahmen ergriffen werden. „Ein spezielles Programm zur Verkehrsüberwachung speziell der Motorradfahrer“ (Mail des 2. Beigeordneten vom 11.9.2007) ist zwar wünschenswert, aber es ist nicht schnell zu verwirklichen und es bremst PKW-Raser nicht.

Im Gegensatz zur Verwaltung „Weiterer Handlungsbedarf ist zur Zeit nicht erkennbar“ (Mail des 2. Beigeordneten vom 11.9.2007) halten wir vorbeugende Maßnahmen für unbedingt erforderlich.

Zum Schutz von Menschenleben muss auch hier gehandelt werden. Der Hinweis auf eine Bundesstraße, die der „Zügigkeit des Verkehrs“ dient, darf nicht länger hingenommen werden. Auch die zu befürchtende Aussage, dass man tödliche Verkehrsunfälle wie den letzten Motorradunfall nicht vermeiden könne, sollte von unserem Ausschuss empört zurückgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gabry Trapp-Fischer

  
Stefan Müller